

# «Ich habe mich masslos geärgert»

**Economiesuisse-Präsident Gerold Bühler über den Imageverlust des Finanzplatzes Schweiz und die Sippenhaft der Industrie**

VON YVES CARPY

## **Herr Bühler, wie verheerend ist unser Imageverlust im Ausland?**

**Gerold Bühler:** Der Schaden für Banken und Finanzplatz ist erheblich. Dass Verantwortungsträger einer Bank gemäss Anklage Steuerbetrug unterstützen, das ist inakzeptabel. Durch den Rechtsbruch bei der Preisgabe der Kundendaten ist ein zusätzlicher Schaden entstanden.

## **Der Druck auf die Schweiz und ihr Bankgeheimnis steigt. Die Angriffe aussitzen – das reicht nicht mehr.**

Der Meinung bin ich auch. Es hat mich masslos geärgert, dass wir uns in so eine Drucksituation manövrieren liessen und den Rechtsweg kapfen mussten. Der Schaden für unser Land geht über den Finanzplatz hinaus. Ich merke im Ausland, wie wichtig unser Rechtsstaat für unsere Glaubwürdigkeit ist.

## **Wir haben uns als erpressbar gezeigt.**

Das darf sich nicht wiederholen. Deshalb müssen wir aufgrund einer umfassenden Strategie politisch und kommunikativ aus dem Schützengraben heraus. Die schweizerischen Werte müssen selbstbewusst vertreten werden. Das rechtspolitisch hohe Gut des Schutzes der Privatsphäre darf nicht verwedelt werden.

## **Wir handeln mit dem Rücken zur Wand. Was sollen wir offerieren?**

Wir überprüfen unsere Rechtspraxis eingehend, das ist unser Angebot an die Nachbarstaaten, die unser System nicht verstehen.

## **Ist die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug haltbar?**

Die Grenzziehung zwischen Steuerbetrug und einfachen Steuervergehen lässt bekanntlich Spielräume offen. Zentral erscheint mir – auch mit Blick auf rechtsstaatlich problematische Länder –, dass der Schutz des Individuums nicht beliebig verwässert wird.

## **Das heisst, die Unterscheidung ist nicht mehr sakrosankt?**

Wie gesagt, es braucht hier eine differenzierte Betrachtung. Sollten Modifikationen nötig sein, dann nur, ohne den elementaren Rechtsschutz zu verletzen. Das Bankgeheimnis schliesst einen automatischen Informationsaustausch aus. Den gläsernen Kunden wollen wir nicht.

## **Lässt sich das gegnerische Lager davon beruhigen?**

Der innenpolitische Druck in diesen Hochsteuerländern ist immens. Im ge-

genwärtigen Umfeld protektionistischer Tendenzen wie «Buy American» werden von den Regierungen Sündenböcke gesucht. Deshalb wird diese Auseinandersetzung länger dauern. Doch wir dürfen nicht leichtfertig Präjudizien schaffen.

## **Das Recht haben wir mit der Preisgabe der 300 Kundendaten selber gebrochen.**

Das Vorgehen der Finma halte ich für äusserst problematisch – weil ein rechtsstaatliches Prinzip gekappt wurde von einem staatlichen Organ. Das ist bezüglich der rechtspolitischen Reputation gefährlich. Denn die Rechtsstaatlichkeit darf nicht dem Druck von aussen geopfert werden.

## **Wird der Werkplatz schon in Sippenhaft mit dem Finanzplatz genommen?**

Der Werkplatz Schweiz leidet image-mässig mit. Der Transmissionsriemen zwischen Finanz- und Werkplatz existiert. Wenn wir nicht rasch genug eine Stabilisierung der UBS hinkriegen und das Vertrauen in den rechtlichen Rahmen wieder stärken, verlieren wir den internationalen Bonus der absoluten



BILD: PETER MOSIMANN

**Gerold Bühler.**

Verlässlichkeit und Rechtsstaatlichkeit. Das ist gerade in Zeiten des zunehmenden Protektionismus schlecht. Verlässlichkeit und Rechtsstaat haben weltweit einen immensen Wert.

## **Welches Vorgehen schlagen Sie vor?**

Wir müssen zunächst Aufklärung betreiben. Die kommunikative Offensive sollte zwei Vorschläge in den Vordergrund rücken: Aus-

dehnung des Zinsbesteuerungsabkommens und Beschleunigung der Verfahren.

## **Kommt die Task-Force des Bundesrates zu spät?**

Es kommt darauf an, wie viel strategische Vorarbeit im Bundesrat bereits zusammengetragen wurde und dort auch abgestützt ist. Aber ich hätte mir gewünscht, dass der Bundesrat rascher Zeichen gesetzt hätte. Es war absehbar, dass sich hier ein Druck aufbaut. Viele Länder brauchen Steuergelder, um ihre Konjunkturprogramme zu finanzieren. Es ist notwendig, dass der Bundesrat vorausschauend vorgeht.